

Klaus Harpprecht

Auf ein Wort: Europa ist nicht am Ende

Zum griechisch verdunkelten Auftakt des Sommers befand im SPIEGEL einer der prominenten Autoren, dass die Europäische Union am Ende sei, im Begriff, an den nationalstaatlichen Egoismen glanzlos zu scheitern. Ein Platzregen von Stichworten, die das Todesurteil allesamt zu bestätigen schienen. Wehen Herzen legten wir Uralteuropäer das Heft beiseite, voller Trauer über das schäbige Finale eines grandiosen Projektes, das unser erwachsenes Leben nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs so stark geprägt hatte wie kein anderes.

Doch ehe wir uns vom Trübsinn überfluten lassen, sollten wir fragen, ob der Verkünder des Untergangs nicht dies und jenes vergessen hatte. Zum Beispiel funktionieren die Institutionen – Krise hin oder her – fast mustergültig weiter: die Kommission etwa und ihre Beamtenschaft, der Edmund Stoiber – als bayerischer Regent an Europa-Skepsis kaum zu übertreffen – nach einer langen Prüfung auf Herz und Nieren bescheinigte, es sei das beste Beamtencorps, das er jemals erlebt hätte (er selber einst der penibelste Bürokrat unter allen deutschen Landesfürsten). Auch das Europäische Parlament arbeitet reibungsloser und effizienter als man das im bunten Gemengsel von 28 Mitgliedsstaaten jemals für möglich gehalten hätte. Es fehlt dem Gremium nur noch das Initiativrecht in der Gesetzgebung, um über alle klassischen Instrumente einer Volksvertretung zu verfügen. Das allerdings versuchen manche Mitglieder des Ministerrates zu verhindern: Allen voran die Briten, die der EU den Charakter der Staatlichkeit um jeden Preis vorenthalten wollen. Logisch wäre der Ersatz des Ministerrates durch einen Senat, in dem den »kleinen« unter den Mitgliedern das gleiche Stimmgewicht zukäme wie den »großen« – ganz nach amerikanischem Beispiel.

Nein, Europa ist nicht am Ende, aber es muss sich fortentwickeln, um neue Vitalität zu gewinnen. Der französische Präsident mahnte beim eigenen Volk und den Partnern den Willen zum Fortschritt an, und regte als nächsten Schritt an, eine gemeinsame Wirtschaftsregierung zu formen. Das ist bemerkenswert, denn das Konzept fordert ohne Zweifel den Verzicht auf Elemente der sogenannten nationalen Souveränität – ein Entschluss, den Frankreich bisher schwerer traf als die meisten seiner Partner, besonders freilich die Sozialisten, deren linker Flügel noch heute entschlossen zu sein scheint, die »nationale Unabhängigkeit« (was immer diese noch bedeuten mag) mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Und Berlin? Das wechselnde Gewicht der deutschen Finanz- und Wirtschaftsmacht hat die Bereitschaft zu einer Kooperation nicht gerade gestärkt. Wolfgang Schäuble – von Hause aus ein »guter Europäer« – hat den Griechen, und damit auch den wichtigeren Partnern in der Union gezeigt, was eine deutsche Harke ist. Die grimmige Entschlossenheit, die er seit Monaten der Öffentlichkeit zeigt, scheint das Bild des »ugly German« zu bestätigen, das in den Vorurteilen der Völker so tief eingebettet ist. Er kann auf seine politischen Erfolge stolz sein. Die »schwarze Null« im Bundeshaushalt hat er nach Jahren eines zähen Kampfes erzwungen. Dank seiner resoluten Sparpolitik hat der Euro die internationale Finanzkrise bravourös überstanden. Dieser gilt nämlich – kaum mehr angefochten – neben dem Dollar als eine der solidesten Reservewährungen der Welt. Wenn Schäuble jetzt den Mut und die Kraft fände, der professionellen Politik adieu zu sagen, könnte man den Abgang glorreich nennen. Was für eine glanzvolle Lebensleistung. Nun kann er es gut sein lassen. Da er ein grundgebildeter Bürger

ist, könnten seine Bewunderer von ihm eine große Autobiografie erwarten (umso mehr, wenn es ihm gelingt, sich die Ghostwriter vom Hals zu halten).

Ein neuer Geist der Offenheit könnte die Große Koalition beflügeln. Die Kanzlerin könnte ihr Lebenswerk durch einen großen politischen Ideenwurf krönen: ein Konzept für den europäischen Fortschritt über die Konföderation und Föderation. Kein Zweifel, für die Bundesrepublik würde das – einige Jahre, vielleicht auch ein Jahrzehnt oder mehr vorausgedacht – den freiwilligen Verzicht auf einige Momente ihrer wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Macht bedeuten. Ein zu großes Opfer? Im Gegenteil: Wenn sich der Koloss in der Mitte Europas leichter machte, dann wüchse sein (direkter und indirekter) Einfluss auf den Fortgang der Weltentwicklung. Zunächst wäre die Furcht vor dem Riesen gebändigt. Denn dies ist, seit der Gründung des Bismarck-Reiches, das europäische Grundproblem. So würde das Gewicht der Deutschen ausbalanciert. Sie wurden von den Nachbarn stets als eine latente Gefahr empfunden, die nur durch eine geheime oder auch offene Koalition gebannt werden konnte. Immer wieder schien dieses Gewicht der Deutschen das inner-europäische Gleichgewicht zu erschüttern, wenn nicht ganz und gar außer Kraft zu setzen.

Es wäre eine historische Leistung und die Krönung ihrer Kanzlerschaft, wenn Frau

Merkel einen Stufenplan für die Entwicklung von einer Konföderation hin zu einer europäischen Föderation vorlegte. Niemand könnte ihr dabei mit klügerem Rat zur Seite stehen als Frank-Walter Steinmeier, der Außenminister, der durch den Reichtum seiner Erfahrung, sein ruhiges Urteil, seinen Verzicht auf alle Eitelkeiten, und seine (wie es scheint) unerschöpfliche Energie ein so hohes Ansehen in der Welt gewonnen hat – nur am glanzvollen Beispiel Willy Brandts zu messen. Er könnte seiner Partei – dies nicht nur nebenbei – das Gepräge einer europäischen Formation geben, das für die französischen und italienischen Genossen beispielhaft wäre. (Die britische Labour Party kann und muss dabei außer Acht gelassen werden, denn sie zeigt, wie vermutlich die Mehrheit ihrer Landsleute, eine Distanz zu Europa, die keine produktive Mitwirkung an großen Projekten erlaubt.)

Merkel und Steinmeier könnten die letzten Jahre der Großen Koalition für die ersten Ansätze zum Aufbau der europäischen Föderation nutzen. Für die SPD wäre das die Chance, sich als die Partei der europäischen Einigkeit zu etablieren. Dies könnte das große Thema sein, um der Gefangenschaft im Turm der 25 % ein Ende zu bereiten, den Blick nach vorne gerichtet. Auch manche CDU-Wähler/innen würden zur Kenntnis nehmen, dass Frau Merkel ihnen keine große Aufgabe, kein Programm und schon gar keine Vision hinterlässt, wenn sie ihrem Amt adieu sagt.



Klaus Harpprecht

ist Herausgeber dieser Zeitschrift, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Schräges Licht. Erinnerungen ans Überleben und Leben*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, dieses Mal für sein Lebenswerk.